NORDAMERIKA 04.07.2022 | Elaine Godfrey

Huch!

In den USA setzen sich einige Abtreibungsgegner für die Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes ein. Sind die Konservativen plötzlich links?

Dass sie einmal schwangeren Frauen ihre Rechnungen bezahlen würden, war im Lebensplan von Nathan und Emily Berning eigentlich nicht vorgesehen – bis sie erkannten, dass sie auf diese Weise Frauen vom Schwangerschaftsabbruch abbringen konnten. Eine der ersten, der die beiden halfen, war Atoria Foley. Als sie feststellte, dass sie schwanger war, wohnte sie in ihrem Auto und hatte bald einen Termin für einen Schwangerschaftsabbruch vereinbart – da traten die Bernings auf den Plan.

Sie flogen ins kalifornische Sacramento, wo Atoria lebte, und brachten sie in einem Hotel unter. Sie kamen – zum Teil mit ihrem privaten Geld – für Atorias Lebenshaltungskosten auf: Lebensmittel, Benzin, Ratenzahlungen für das Auto. Sie beantragten für sie alle staatlichen Hilfsleistungen, auf die sie Anspruch hatte. Als sie ihren Abtreibungstermin schließlich absagte, war die Freude der Bernings groß.

Vor drei Jahren gründete das Ehepaar aus Indiana den gemeinnützigen Verein *Let Them Live*, der Frauen von ihren Abtreibungsplänen abbringen will, indem er ihnen finanziell unter die Arme greift. Inzwischen hat die Organisation Rechnungen von schwangeren Frauen in Höhe von 2,4 Millionen Dollar beglichen und nach Schätzungen der Bernings mehr als 400 Schwangerschaftsabbrüche verhindert. *Let Them Live* bittet die betroffenen Frauen, im Gegenzug für die finanzielle Unterstützung ihr Kind nicht abtreiben zu lassen.

Die meisten Abtreibungsgegner hängen sich seit Jahrzehnten an eine Partei, die sich unermüdlich jeder Forderung nach „mehr

Die Bernings haben nie die Aufhebung von *Roe v. Wade* gefordert, wie Nathan beteuert. Nachdem das Grundsatzurteil zum Abtreibungsrecht nun gekippt wurde, hofft er jedoch, dass die Bewegung der Abtreibungsgegner ihren Fokus verlagert und sich fortan dafür starkmacht, dass Frauen und Familien von der Politik unterstützt werden.

Staat“ entgegenstemmt.

Gemeinnützige Organisationen wie *Let Them Live* „können ein Teil der Lösung sein, aber hier ist auch der Staat in der Pflicht“, meint er. „Die *Pro-Life*-Bewegung hat ihre Ziele nicht hoch genug gesteckt.“

Jahrzehntelang haben die Mitglieder der *Pro-Life*-Bewegung gekämpft, um das zu erreichen, was der *Supreme Court* jetzt beschlossen hat. Nun müssen sie sich nur noch darüber klar werden, was sie als Nächstes tun wollen. Nathan Berning gehört zu den vielen Abtreibungsgegnern, für die der massive Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes an oberster Stelle steht. Ich habe mit einem Dutzend Abtreibungsgegnern gesprochen, die ebenso wie Nathan der Meinung sind, dass der logische nächste Schritt für die *Pro-Life*-Bewegung sein müsste, sich für flächendeckende Kinderbetreuungsangebote und höhere Mindestlöhne einzusetzen.

Jahrzehntelang haben die Mitglieder der „Pro-Life“-Bewegung gekämpft, um das zu erreichen, was der „Supreme Court“ jetzt beschlossen hat.

Im *Pro-Life*-Lager sind solche Stimmen jedoch in der Minderheit. Die meisten Abtreibungsgegner hängen sich seit Jahrzehnten an eine Partei, die sich unermüdlich jeder Forderung nach „mehr Staat“ entgegenstemmt. Diese Allianz wird allen Schritten, die zu einer verbesserten Lebenssituation für Frauen und Familien führen, sehr enge Grenzen setzen.

Den Abtreibungsgegnern ist klar, was es für amerikanische Frauen konkret bedeutet, wenn fortan in vielen Bundesstaaten Schwangerschaftsabbrüche schwierig oder ganz unmöglich sind. Die meisten Menschen nennen für ihre Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch finanzielle Sorgen, und laut einer Zehn-Jahres-Langzeituntersuchung ist für Frauen, denen eine Abtreibung verweigert wurde, das Armutsrisiko auf Jahre hinaus höher. Nachdem *Roe v. Wade* Vergangenheit ist, „dürfte es künftig mehr ungeplante Geburten geben“, vermutet Mark Rank, Sozialwissenschaftler an der *Washington University* in St. Louis. „Und das wird zu mehr Armut in den USA führen.“

Die meisten Abtreibungsgegner sind dafür, dass werdende Mütter und Familien von privaten Akteuren wie Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen Unterstützung bekommen. Die entscheidenden Differenzen drehen sich um die Rolle des Staates. „Die vielen Aktivisten, die stundenlang bei Hitze auf den Bürgersteigen gestanden, Schilder und Transparente in die Höhe gehalten und ihre Kongressabgeordneten angerufen haben, die auf Protestmärschen mitgelaufen sind und selbstlos enorme Geldsummen aufgebracht haben, müssen sich jetzt genauso energisch für frühkindliche Bildung, Lebensmittelzuschüsse und mehr

Kinderbetreuung starkmachen“, fordert Kori Porter, CEO von *Christian Solidarity Worldwide – USA* und rät den Aktivisten, sie sollten sich schon jetzt auf einen erhöhten Bedarf an Frauenhäusern, Pflegefamilien und Wohnraum für Einkommensschwache einstellen.

Die 26 Bundesstaaten, in denen demnächst die strengsten Anti-Abtreibungsgesetze gelten werden, haben im Durchschnitt auch die niedrigsten Mindestlöhne.

Charlie Camosy, Professor für Ethik an der *Creighton University School of Medicine*, wirbt seit Langem für eine bezahlte Elternzeit, die Anhebung des Mindestlohns und die Ausweitung von *Medicaid*, dem staatlichen Versicherungsprogramm für sozial Schwache. Die 26 Bundesstaaten, in denen demnächst die strengsten Anti-Abtreibungsgesetze gelten werden, haben übrigens im Durchschnitt auch die niedrigsten Mindestlöhne, und zehn dieser Staaten verweigern sich bislang dem Ausbau von *Medicaid*. „Es ist längst überfällig, dass die Konservativen in der *Pro-Life*-Bewegung sich bei diesem Thema zu einem mehrgleisigen Vorgehen durchringen“, meint Camosy. „Bisher blenden sie die Politik so gut wie komplett aus.“

Ein ermutigendes Zeichen ist für Camosy das private und öffentliche Engagement, das neuerdings speziell linke Katholiken an den Tag legen. Im vergangenen Monat drängte die Konferenz der katholischen Bischöfe der USA den Gesetzgeber, mehr gegen Kinderarmut zu unternehmen und den Kinderfreibetrag zu erhöhen. In Kalifornien, in Maryland und im Bundesstaat Washington bieten Diözesen schwangeren Frauen inzwischen kostenlose Babyartikel und medizinische Leistungen an. Schon vor der Aufhebung von *Roev. Wade* hat das *de Nicola Center for Ethics und Culture* in Notre Dame, Indiana, in weiser Vorausschau ein neues sozialwissenschaftliches Projekt gestartet, das erfolgversprechende Methoden der Armutsbekämpfung erforschen und der Politik Handlungsempfehlungen an die Hand geben soll.

Der republikanische Senator Mitt Romney aus Utah legte kürzlich eine neue Version seines Vorschlags zur Anhebung des Kinderfreibetrages vor, dem einige Gruppen von Abtreibungsgegnern sich bereits angeschlossen haben. In dieser Woche trat Senator Marco Rubio mit einem ganzen Paket von Vorschlägen zur Unterstützung von Frauen und Familien an die Öffentlichkeit. Mehrere republikanisch regierte Bundesstaaten haben die Ausweitung von *Medicaid* auf Wöchnerinnen beschlossen.

Möglicherweise ist der eine

Camosy und diejenigen, die seine Überzeugung teilen, haben die Hoffnung, dass die

oder andere republikanische Abtreibungsgegner tatsächlich bereit, sich beim Thema Staatsausgaben nachgiebig zu zeigen.

amerikanischen Abtreibungsgegner sich nach der Aufhebung von *Roe v. Wade* endlich aus ihrer parteipolitischen Fixierung lösen und sich für familienfreundliche Gesetze einsetzen. Alles andere wäre aus ihrer Sicht Heuchelei. Möglicherweise ist der eine oder andere republikanische Abtreibungsgegner tatsächlich bereit, sich beim Thema Staatsausgaben nachgiebig zu zeigen, nachdem Donald Trump der Republikanischen Partei eine verstärkt populistische Ausrichtung verpasst hat; die Aufhebung von *Roe v. Wade* könnte jedenfalls Bewegung in die Diskussion bringen. „Für Republikaner, die der *Pro-Life*-Bewegung angehören, tun sich inzwischen allerlei Spielräume auf, um sich für den Gedanken an Sozialleistungsprogramme zu öffnen“, konstatiert Camosy.

Das alles mag ein wenig zu optimistisch klingen und ist es vermutlich auch. Immerhin zählt der Spruch „Die beste Regierung ist eine Regierung, die sich mit dem Regieren am stärksten zurückhält“ zu den Glaubenssätzen der *Grand Old Party*. Dort, wo in Amerika die rigidesten Abtreibungsgesetze gelten, ist auch das Misstrauen gegenüber jeder Einmischung des Staates besonders tief verwurzelt, und die Idee, Millionen von Dollar zusätzlich in staatliche Leistungen zu investieren, ist dort politisch chancenlos.

Für die mächtigsten und einflussreichsten Mitstreiter der Anti-Abtreibungsbewegung wird es wohl auch in Zukunft vor allem darum gehen, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu senken, statt sich dafür einzusetzen, dass der Staat Frauen, die nicht abtreiben dürfen, mit höheren Sozialausgaben unter die Arme greift. Sie werden vielmehr alles daransetzen, dass in republikanisch dominierten Bundesstaaten das Abtreibungsrecht verschärft wird, und in den demokratisch dominierten Staaten und dort, wo Demokraten und Republikaner sich in etwa die Waage halten, ihren ganzen Einfluss geltend machen, um das Abtreibungsrecht dort so restriktiv wie möglich zu gestalten. Über die soziale Abfederung könne man „sich später unterhalten“, meint Mallory Carroll, stellvertretende Kommunikationschefin von *Susan B. Anthony Pro-Life America* (SBA). „Im Augenblick sind wir damit beschäftigt, mit Hilfe der Abbruchsfristen Babys zu retten und die vorhandenen sozialen Ressourcen auszubauen.“

Gruppen wie diese werden Frauen und Familien auch weiterhin so

unterstützen, wie sie es schon immer getan haben: über Wohlfahrtsorganisationen und mit privater Hilfe. Um für eine Welt ohne *Roe v. Wade* gerüstet zu sein, hat SBA ein Unterstützungsnetz für Schwangere geknüpft, das zum größten Teil von den Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften getragen wird. Dieses Konzept baut auf einer jahrzehntealten Strategie auf: Seit dem Urteilsspruch in dem Verfahren *Roe v. Wade* 1973 investieren Abtreibungsgegner Millionensummen in Schwangerschaftskrisenzentren (*Pregnancy Resource Centers*), die schwangere Frauen beraten und mit Sachleistungen unterstützen. Einige dieser Einrichtungen bieten mittlerweile auch eine kostenlose medizinische Versorgung an.

Als Texas im vergangenen Jahr Schwangerschaftsabbrüche nach der sechsten Woche unter Strafe stellte, überwies das texanische Parlament 100 Millionen Dollar an diese Zentren. Der Gouverneur von Mississippi unterzeichnete kürzlich ein Gesetz, das den Krisenzentren Steuervergünstigungen von 3,5 Millionen Dollar gewährt.

All diese Maßnahmen sind jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein – mit ihnen ist schwangeren Frauen allenfalls kurzfristig geholfen. Der wirtschaftliche Druck, der auf den betroffenen Familien lastet, ist viel zu groß, als dass diese Maßnahmen ausreichen würden. „Um die Armut spürbar zu lindern, müssen die US-Regierung und die Bundesstaaten aktiv werden“, meint der Sozialwissenschaftler Mark Rank, der Romneys Vorschlag für einen *Family Security Act* für vielversprechend hält – während viele Progressive Romneys Vorstoß ablehnen, weil er den Leistungsbezug von Arbeitsauflagen abhängig macht und die ärmsten Familien im Land ausklammern würde.

Die Entscheidung des „Supreme Court“, „Roe v. Wade“ aufzuheben, hat Amerikas politische Landschaft verändert.

Die Entscheidung des *Supreme Court*, *Roe v. Wade* aufzuheben, hat Amerikas politische Landschaft verändert. Doch auch unter den neuen Rahmenbedingungen wird für Amerikaner wohl vieles beim Alten bleiben. So wird sich zum Beispiel die Kluft zwischen republikanisch und demokratisch dominierten Bundesstaaten weiter vergrößern. In den demokratisch regierten Staaten werden die Abtreibungsgegner höchstwahrscheinlich für mehr staatliche Leistungen für Schwangere und Familien eintreten und damit Erfolg haben.

Die *Pro-Life*-Aktivisten werden es wohl darauf anlegen, Reisen abtreibungswilliger Frauen in andere Bundesstaaten zu erschweren und die Abtreibungspille *Mifepriston* zu verbieten. Manche Hardliner

drängen schon jetzt auf Strafgesetze für Frauen, die abtreiben. Die in Texas beheimatete Organisation *Foundation to Abolish Abortion* hat an der Ausarbeitung eines Gesetzes für Louisiana mitgewirkt, nach dem Frauen wegen eines Schwangerschaftsabbruchs mit einer Mordanklage rechnen müssten.

Pro-Life-Aktivisten werden es wohl darauf anlegen, Reisen abtreibungswilliger Frauen in andere Bundesstaaten zu erschweren und die Abtreibungspille zu verbieten.

Die Abtreibungsgegner, die ein soziales Sicherungsnetz bislang ablehnen, werden sich vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt der Idee anschließen, dass mehr Sozialausgaben die beste Möglichkeit sind, um die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren. Das Angebot an Abtreibungsmöglichkeiten zu beschränken, ist Studien zufolge kein probates Mittel, um die Nachfrage zu stoppen. „Ich hoffe, sie stellen nach ein paar Jahren fest, dass die neuen Gesetze nicht die erwartete Wirkung erzielen, und erkennen, dass es mehr braucht“, sagt Daniel K. Williams, Historiker an der *University of West Georgia*. Mit anderen Worten: Das Aus von *Roe v. Wade* dürfte noch nicht ausreichen, um die Anti-Abtreibungsbewegung zu einem Kurswechsel zu bewegen. Das wird wohl erst später passieren – wenn überhaupt.

Bevor seine Frau und er den Verein *Let Them Live* ins Leben riefen, war Nathan in vielen Punkten konservativ eingestellt. 2016 machte er Wahlkampf für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ben Carson. Er hielt nichts von der Idee, dass der Staat sich in die Privatangelegenheiten seiner Bürgerinnen und Bürger einmischt oder Familien mit Steuergeld unterstützt. In den vergangenen drei Jahren hat seine Sicht der Dinge sich gewandelt, denn „ich bekomme unmittelbar mit, was diese Mütter durchmachen“.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

© *The Atlantic*



Elaine Godfrey
Washington D.C.

Elaine Godfrey ist Journalistin und Politikredakteurin beim US-amerikanischen Magazin *The Atlantic* und schreibt über innenpolitische Themen.

-